

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 68 (1976)

Heft: 7-8

Artikel: Energiepolitische Tagesfragen

Autor: Ritschard, Willi

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354809>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Energiepolitische Tagesfragen

Willi Ritschard

Dieses Referat hat Bundesrat Willi Ritschard, Vorsteher des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements, am 4. Februar 1976 vor der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft gehalten. Bundesrat Ritschard nimmt darin zu wichtigen energiepolitischen Tagesfragen Stellung. In dieser Doppelnummer der Gewerkschaftlichen Rundschau können wir das ausführliche Referat im Wortlaut abdrucken.

Referate über Energiefragen haben gegenwärtig nicht gerade Seltenheitswert. Ich bekomme fast jeden Tag welche.

Natürlich ist dieses Interesse an Energiefragen erfreulich und wertvoll. Wir müssen dabei nur aufpassen, dass wir nicht das ganze Energieproblem mit einem Wolkenbruch von Worten derart bewässern, dass wir am Schluss dann gar nicht mehr wissen, was denn in diesem Garten eigentlich wachsen sollte.

Das Problem ist sicher weitläufig und komplex. Aber wir müssen in den nächsten Jahren einiges entscheiden. Und das können wir nicht tun, indem wir das Volk und uns selber mit einer Enzyklopädie in einen Irrgarten führen, in dem sich niemand mehr auskennt. Die Demokratie lebt davon, dass der Bürger mitdenken, mitreden und nachvollziehen kann, was die Spezialisten aushecken. Das gilt auch für eher technische Fragen. Wir erleben es mit der Kernenergie, wohin es führt, wenn die Wissenschaft hoch in den Wolken umwälzende technische Erfindungen macht und uns schliesslich damit «beglückt».

Es genügt heute wirklich nicht mehr, addieren, subtrahieren und Gleichungen mit zwei Unbekannten lösen zu können. Der Wissenschaftler muss sich auch mit dem politischen Einmaleins beschäftigen. Sonst wird er immer mehr scheitern. Er riskiert ohne politische Überlegungen, dass die Früchte seiner mühseligen Forschertätigkeit dann schliesslich einfach Fallobst sind. Wir müssen in allen

Fragen, auch wenn es scheinbar solche sind, die nur der Spezialist versteht, das Volk laufend orientieren und es an unseren eigenen Denkprozessen teilhaben lassen.

«*Energiepolitische Tagesfragen*» steht als Titel über meinem Vortrag. Sie werden von mir hören, was wir tun und wie ich die Dinge für eine absehbare Zeit sehe. Und «absehbar» sind für einen Politiker nicht mehr halbe oder ganze Jahrhunderte. Ich bin kein Metaphysiker, der sich eine Sternwarte ohne Treppen baut. Ich bin eher ein Pragmatiker und weiß, dass die Reden von Politikern schon deshalb selten ins Schwarze treffen, weil sie mit einem Auge immer nach dem Publikum schielen.

Ich rede zudem mit einem schlechten Gewissen, weil ich etwas traumatisiert bin. 1974 – ich war als Bundesrat noch kaum aus dem Ei – habe ich irgendwo über Verkehrspolitik gesprochen. Nachher ist man mir von einer gewissen Seite ziemlich unwirsch über das Maul gefahren. «Ich beeinflusse mit solchen Reden in unzulässiger Weise die Arbeit an der Gesamtverkehrskonzeption», warf man mir vor.

Ich habe dann zwar trotzdem weitere Reden gehalten, weil ich mir mit Gotthelf sagte, «dass man dem Ochsen, der da drischt, das Maul nicht verbinden kann.» Ich kann nicht im Bundeshaus auf Gesamtkonzeptionen warten, und dazu «Manöggeli» auf ein Löschblatt zeichnen. Sonst bin ich meinen, doch recht anständigen Lohn als Bundesrat dann kaum noch wert.

Ich habe nichts gegen Konzeptionen. Im Gegenteil. Wir brauchen für die Verkehrspolitik und auch für die Energiepolitik den Blick auf das Ganze. Wir müssen unsere Zielvorstellungen diskutieren und die Tagespolitik darauf ausrichten können. Das ist wichtig, und etwas, das wissenschaftlich geschrieben und in Schweinsleder eingebunden ist, wirkt anscheinend auch viel vertrauenswürdiger als das gewöhnliche Bundespapier.

Ich bin also allen, die an den Konzeptionen arbeiten, sehr dankbar und will ihnen mit meinen Ausführungen nicht ins Handwerk pfuschen.

Ich sage meine Meinung und bin weit davon entfernt, bündesrätliche Reden als Bestandteil der Schöpfungsgeschichte zu betrachten. In der Demokratie kann man selbst in Energiefragen das Licht nur dann finden, wenn man offen diskutiert und kritisiert. Und ich bin nicht ein Philosoph mit einer schlechten Verdauung, der sich über die Kritik an seinen Weisheiten nachher öffentlich ärgert. In diesem Land hat jeder das Recht, die Regierung zu kritisieren. Wir müssen uns im Bundeshaus für Ausnahmefälle einzig das Recht vorbehalten, gelegentlich nicht zuzuhören.

In der Energiepolitik sind wir mit Ausnahme von einigen ganz Kundigen alle Suchende. Ich muss das ganz besonders auch für die Bundesverwaltung selber sagen. Die Energiekrise ist dort ebenso unerwartet

über uns hereingebrochen, wie der jetzige Konjunkturrückgang auf die Wirtschaft. Wir waren überhaupt nicht vorbereitet.

Das Eidgenössische Amt für Energiewirtschaft hatte früher eher registrierende und Aufsichtsfunktionen. «Die haben dort vorwiegend Kilowattstunden gezählt» habe ich einmal – stark untertriebend – gesagt. Eine eigentliche schweizerische Energiepolitik, die diesen Namen verdient, wurde ausserhalb der Direktion des Amtes kaum diskutiert. Man hielt so etwas auch nicht für nötig. Die Sache funktionierte, und es war ja genug von allem da.

Heute erwartet man vom Bund mehr. Leider sind wir aber kaum dafür gerüstet. Wir verfügen beim Amt für Energiewirtschaft immer noch nur über den gleichen Apparat wie vor der Krise. Wir reden viel von Energiesparmassnahmen und dazu gehört offenbar auch der Personalstop. Aber das müssen wir also ändern und unser Amt in Stand setzen, die heute viel umfassenderen Probleme – ich denke vor allem auch an die internationale Zusammenarbeit – besser bewältigen zu können.

Grundsätzliches

Über die Bedeutung der Energie für unsere Gesellschaft und die Wirtschaft muss ich in Ihrem Kreis keine grossen Worte verlieren. Auf Energiefragen wird fast nur noch emotional reagiert. Energie ist etwas Selbstverständliches geworden, fast etwas Natürliches. Wir können zwar die Frage stellen, was eigentlich wichtiger sei: Arbeit oder Kapital oder Energie. Aber man könnte ebenso gut fragen, welches Bein bei einem dreibeinigen Stuhl das Wichtigste ist.

Wir verdrängen aus unserem Bewusstsein gerne die Tatsache, dass Energie im übertragenen Sinne Kraft ist. Die Selbstverständlichkeit der Energie hat uns auch vergessen lassen, dass Kraft uns nur so weit und solange nützlich ist, als wir sie unter Kontrolle haben. Man kann wirklich nicht sagen, dass wir die Energie beherrscht einsetzen. Verkehrstote sind letztlich alle die Opfer eines Energieeinsatzes und auch viele Arbeitsunfälle.

Wer denkt ferner ausser dem Wissenschaftler schon daran, dass *nicht nur die Herstellung* der Energie Wärme beziehungsweise «Abwärme» erzeugt. Auch beim Verbrauch von Energie setzen wir Wärme frei. Wir merken das sofort, wenn wir eine elektrische Birne ersetzen müssen, die vorher eine Zeitlang noch gebrannt hat, oder wenn wir den Kühlerdeckel am Auto abschrauben oder die Finger am Auspuff wärmen möchten. Jeder Energieverbrauch erzeugt Wärme.

Im Zuge des Umweltbewusstseins ist unter anderem auch die Frage entstanden, wohin denn eigentlich alle die Wärme geht, die wir auf der Erde künstlich erzeugen, und was schliesslich mit ihr geschieht. Es gibt nur Mutmassungen darüber, wie sich dieser zunehmende Wärmeeintrag in die Atmosphäre auf unsere Umwelt auswirkt. Man liest darüber unglaubliche Dinge. «Das Polareis schmelze rascher,

deshalb steige der Meeresspiegel, und es drohe eine neue Sintflut», ist eine der Theorien.

Wenn sich aber der liebe Gott überlegt, wie wenig die erste Sintflut genützt hat, wird er wohl fragen, ob er es zum zweiten Mal auf diese Tour versuchen will. Er hätte heute jedenfalls Mühe, einen geeigneten Noah zu finden.

Es gibt auch genau die gegenteilige Vorstellung zu dieser Sintfluttheorie. Sie sagt, dass die zunehmende Erwärmung der Atmosphäre vorerst zu einer intensiveren Wasserverdunstung und als Folge davon zu einer Ausdehnung der Bewölkungsdauer führen müsse. So nehme dann die Sonnen-Einstrahlung auf die Erde ab und schliesslich werde das kältere Klima zu einer neuen Eiszeit führen. Ich werde zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich nicht mehr Energieminister sein. Aber wir sollten das Problem Wärme vielleicht doch nicht einfach negieren. In einer seriösen deutschen Zeitung habe ich in einem sehr sachkundig anmutenden Aufsatz folgendes gelesen:

«Es lässt sich analytisch nachweisen, dass die mittlere Temperatur durch den künstlichen Energieverbrauch in der Bundesrepublik schon jetzt um ca. 1° C erhöht ist – im Jahre 2000 werden es voraussichtlich 3° C sein. Welche klimatische Folgen das auf die Dauer haben wird, ist noch gar nicht abzusehen.»

Wir müssen in diesen Dingen sicher die Proportionen wahren. Herr Prof. Dr. Hintermann von der HTL Brugg sagte, «dass die gegenwärtige wissenschaftliche Erkenntnis den Schluss zulasse, dass das Problem der Abwärme vorläufig noch weniger dringlich sei als die drohende Rohstoff-Verknappung und die Umwelt-Verschmutzung durch Schadstoffe.»

Aber auch dieses Wärmeproblem ist bereits zu einer Glaubenssache geworden, in dem sich Nobelpreisträger in einem Grabenkrieg gegenüberstehen, während Bürger und Politiker sich verwirrt und besorgt in den Haaren kratzen, sofern sie ihnen nicht wegen diesen Sorgen bereits ausgegangen sind.

In seinem Buch «Die sogenannte Energiekrise» sagt Ivan Illich:

«Wenn sich eine Gesellschaft für einen hohen Energieverbrauch entscheidet, werden ihre sozialen Beziehungen notwendigerweise von der Technokratie beherrscht und – gleichgültig ob als kapitalistisch oder sozialistisch etikettiert – gleichermaßen unerträglich werden.»

Vieles was Illich in seinem Buch sagt, klingt überzeugend. Wir müssen sicher anfangen, Produktionsprozesse zu überdenken und dabei für die Energiekosten nicht nur die Rechnung für Öl und elektrischen Strom zu berücksichtigen, sondern den ganzen Energiehaushalt.

Es dürfte nicht einfach sein, den heutigen Energiekonsum zu reduzieren. Vor allem ist das kurzfristig nicht möglich. Nicht nur in der

Industrie, wo man gegenwärtig ohnehin einige andere Sorgen hat. Ich möchte auch keinem privaten Haushalt zumuten, auf Elektroapparate zu verzichten, die bei mir zu Hause längst selbstverständlich geworden sind. Schliesslich haben wir alle den gleichen Himmel, wenn auch nicht immer denselben Horizont.

Es wäre aber auch völlig falsch, im Energieverbrauch irgend eine Entwicklung, die sich aus der Vergangenheit ergibt, als Zuwachs in die Zukunft fortschreiben zu wollen. *Ziel der Energiepolitik darf nicht sein, ein ungehemmtes Wachstum zu ermöglichen. Das langfristige Ziel muss eine Stabilisierung des Energieverbrauchs sein.*

Ich habe es angetönt: Unsere Energieversorgung beruht heute zum ganz überwiegenden Teil auf Rohstoffen, die nicht unbeschränkt zur Verfügung stehen und die auch nicht nachwachsen. Wir haben die fossilen Quellen: Öl, Kohle und Erdgas. Und in langsam steigendem Mass sind wir auch auf die Kernbrennstoffe Uran und Thorium angewiesen. Die Energieversorgung ist eine Frage der Rohstoffversorgung geworden.

Der Verbrauch dieser Rohstoffe hat in der Vergangenheit in einer immer steiler gewordenen Kurve zugenommen. Und diesem steigenden Verbrauch stehen begrenzte Vorräte gegenüber.

Elektrische Energie entsteht eben heute nicht mehr bloss aus Wasser, das uns der Himmel schickt. Deshalb können wir uns, wenn wir uns Gedanken über die zukünftige Energiesituation machen, nicht mehr einfach nur auf den Rücken legen und nach Regen Ausschau halten. Der Segen kommt hier zunehmend von unten, aus der Erde und aus Felsen. Darum müssen wir auf unserem Marsch in die energiepolitische Zukunft auch mehr auf den Boden schauen, sonst werden wir zunehmend stolpern.

Ich will mich nicht mit den vielen Terminen auseinandersetzen, die uns für die Endlichkeit der Energierohstoffe von den verschiedensten Seiten her laufend gesetzt werden. Aber die zunehmende Verknappung des Rohöls wird sicher im Ernst niemand übersehen wollen.

Kürzlich hat mir einer zwar entgegengehalten, solche Behauptungen würden von den Ölproduzentenländern nur in die Welt gesetzt, um höhere Preise zu erzielen. Ich weiss auch, dass die Schachzüge der grossen multinationalen Ölgesellschaften schwer zu durchschauen sind. «Da werden», ich habe das einmal im Nationalrat gesagt, «gewisse Geheimnisse besser gehütet, als früher flügge gewordene Töchter aus besseren Häusern.»

Aber die Tatsache, dass selbst Ölländer zunehmend auch Kernkraftwerke bauen, sollte uns doch zeigen, dass man selbst dort nicht einfach mit der Angst spekuliert, sondern von der tatsächlichen Endlichkeit dieser Reichtümer unter dem Boden weiss. Und wir sollten eigentlich über diese Haltung froh sein.

Denn es kommt ein Weiteres hinzu:

Die Rohstoffe, die wir für die Gewinnung von Energie beanspruchen, sind auch Ausgangsbasis für viele andere Produkte, denen in der Zukunft wachsende Bedeutung zukommen wird. Man denke an die Pharmazie, die Biotechnik, die Nahrungsmittelindustrie und die Herstellung von Kunststoffen. Es macht ganz den Anschein, dass wir mit den begrenzten Vorräten an leicht zu gewinnenden flüssigen und gasförmigen Kohlenwasserstoffen zu leichtfertig umgegangen sind und immer noch umgehen.

Wir denken auch da – wie auf vielen andern Gebieten – viel zu wenig an unsere Enkel, weil wir zu stark mit uns selber beschäftigt sind. Ich glaube nicht – wie es viele Energiekritiker tun – dass wir das Problem Energieverbrauch und Energieverschwendungen dadurch lösen, dass wir einfach weniger Energie produzieren, sie also künstlich verknappen. Die Verknappung des Energieangebotes in einer Marktwirtschaft würde nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage vorerst zu einer Verteuerung führen. Das würde uns vielleicht energiebewusster machen. Die Verteuerung würde die Herstellung von Produkten begünstigen, bei denen sich der höhere Energiepreis leicht überwälzen lässt, oder bei denen der Anteil der Energiekosten an den Endkosten klein ist. Es ist gar nicht sicher, ob dieser Steuerungsmechanismus uns automatisch in Richtung Vernunft führen würde.

Neben der Verteuerung würde deshalb wohl auch das Problem einer sinnvollen Verteilung der Energie entstehen. Das würde nach einem Zuteilungsrezept rufen und schliesslich auf eine Lenkung der Investitionstätigkeit herauslaufen. Ich glaube, beim Vollzug solcher Massnahmen würden wir überfordert. Einfach den Hahnen zudrehen, hat mit Wirtschaftslenkung nichts zu tun. Das würde leicht zu Verteilungsgerechtigkeiten führen. Die Möglichkeiten der direkten Investitionslenkung haben übrigens die deutschen Sozialdemokraten kürzlich sehr kritisch beurteilt, und ich denke, das haben sie aus gründlichen Überlegungen heraus getan.

Die Theorie von der Wirtschaftslenkung über die Energie wäre eine reichlich problematische Sache. Es entsteht nicht immer Neues, wenn man das Alte auf den Kopf stellt. Wir würden über Verteuerung, Verknappung und Lenkung ein Haus mit drei Stockwerken bauen und wenn das oberste dann fertig wäre, wären die zwei unteren schon wieder abgerissen. Aber in diesem obersten Stockwerk würden natürlich nicht unsere Kritiker wohnen. Die Photographen selber sind nämlich nie auf dem Bild. Immer die andern.

Damit möchte ich sagen:

Unser Massstab für alles, auch für Energieprognosen, nämlich das Bruttosozialprodukt, wird doch eine zunehmend brüchigere Grund-

lage. Bis jetzt haben die Kurven des Sozialproduktes und des Energieverbrauches einen fast analogen Verlauf genommen. Man kann wohl «Bruttosozialprodukt» auch einfach mit «Wohlstand» gleichsetzen. Aber ein grosses Bruttosozialprodukt muss nicht immer auch mehr Wohlfahrt heissen. Das haben wir in den letzten Jahren alle gelernt.

Wortschöpfungen wie «Lebensqualität» und «Null-Wachstum» sind Begriffe geworden, die man nicht einfach im Bundesordner für Schlagworte versenken kann. Damit müssen wir uns ernsthaft auseinandersetzen, und damit hat auch Energiepolitik und -Versorgung etwas zu tun.

Niemand, auf welcher Seite er politisch auch immer stehen mag, wird in der Energiefrage einfach weiter dem «Laisser-faire» das Wort reden wollen. Wir müssen Lösungen suchen, die das Wachstum des Energieverbrauchs verlangsamen und schliesslich ganz stabilisieren. Wenn wir das nicht tun, wird der Menschheit dieser Halt eines Tages durch die Erschöpfung der Ressourcen aufgezwungen werden, und die dannzumalige Energiekrise würde dann wahrscheinlich als Opfer nicht nur drei autofreie Sonntage fordern.

Wir müssen *heute* zu handeln beginnen. Und wir brauchen in dieser Frage die politische Willensäusserung. Wir müssen wissen, für wen und für was wir Energie produzieren und zur Verfügung stellen wollen. Diesen Entscheid können uns nicht die Techniker, und auch nicht die Energiefachleute oder die Repräsentanten der Wirtschaft abnehmen. Es ist eine Sache der Gesellschaft. Sie muss entscheiden, unter welchen Bedingungen, in welcher Ordnung sie leben und was sie kommenden Generationen übergeben will. Diesen Entscheid können wir erleichtern, indem wir die Fakten suchen, Möglichkeiten aufzeigen und auch jetzt schon jene Optionen treffen, die den Stapellauf in die Zukunft nicht in einen Abgrund führen.

Die Energieprognosen

Die Kontroverse um die Kernkraftwerke hat klar und deutlich und dringend die Frage aufgeworfen, wieviel Energie wir eigentlich brauchen und insbesondere, wieviele solcher Werke wir in unserem Lande überhaupt bauen müssen.

Ich habe im Frühling des letzten Jahres die Kommission für die Energiekonzeption gebeten, vordringlich eine Bedarfsprognose zu erarbeiten. Ich wollte, dass man das, was bis jetzt an solchen Prognosen herumgeboten wurde, im Lichte der neuen wirtschaftlichen Entwicklung überprüft und dabei auch andere relevante Fakten wie Substitution von Erdöl, Sparmassnahmen usw. berücksichtigt.

Ich will sie nicht hier mit den Grundlagen der Prognose und den erarbeiteten Zahlen konfrontieren. Zwei Grössen möchte ich deshalb nennen, weil sie nach meiner Meinung deutlich zeigen, dass sich die Kommission nicht einfach in der Produktion von Schön-

wetter-Projektionen übte. Alle jene, die zurzeit die Zusammensetzung so heftig kritisiererten und den Präsidenten, Herrn Michael Kohn zu einem einseitigen Vertreter der Elektrizitätswirtschaft abzustempeln versuchten, werden heute wohl zugeben müssen, dass hier von «Elektrohobby» nichts zu spüren ist. Gerade Herr Kohn hat sich sehr bemüht, objektiv allen andern Überlegungen gegenüber zu sein.

Sie kennen alle die Wachstumsraten, mit denen man in der Vergangenheit beim Energieverbrauch in der Regel rechnete. Die Zahlen lagen immer zwischen 5 und 10 Prozent. Oft auch noch höher.

Von der Annahme ausgehend, es würden keine zusätzlichen Massnahmen ergriffen, um den Gesamtenergieverbrauch zu drosseln, kommt die Kommission in ihrem Bericht noch auf *jährliche Wachstumsraten von gegen 2,5 Prozent*.

Wenn dazu wahrscheinliche und mögliche Strukturveränderungen in der Wirtschaft berücksichtigt werden, auch Verbesserungen im Wirkungsgrad, und ein sparsames Verbraucherverhalten, wird der Anstieg des Gesamt-Energieverbrauches nach den seriösen Untersuchungen der Kommission sogar auf unter 2 Prozent pro Jahr absinken.

Der Elektrizitätsverbrauch wird allerdings stärker steigen als der Gesamtenergieverbrauch. Das zeigte sich besonders auch seit der Ölkrise. Man muss beim Strom mit einem jährlichen Anstieg von 3 Prozent bei ungehemmter Entwicklung und von etwa 2,5 Prozent rechnen, wenn man etwas gegen den heutigen Verschleiss unternimmt.

In diesen Zahlen ist keine Substitution von Erdöl enthalten. Unsere 80-prozentige Abhängigkeit von diesem schwarzen Saft wird bleiben. Der Anteil der Elektrizität am Gesamtenergieverbrauch wird auf den heutigen 17 Prozent verharren.

Die Anhänger eines Nullwachstums werden diese Zahlen nicht beeindrucken. Aber ein Nullwachstum lässt sich nicht von einem Tag auf den andern verwirklichen. Man kann nicht kurzfristig mit einem abrupten Schwenker eine grundsätzliche Änderung erzwängen. Das würde nicht nur Arbeitsplätze gefährden, sondern auch zu andern Schwierigkeiten führen, die nicht auf einen ersten Blick zu ermessen sind.

Die Kommission für die Gesamt-Energiekonzeption hat aber eine Studie über das Nullwachstum in Auftrag gegeben. Engagierte Vertreter dieser Theorie arbeiten sie aus. Wir werden uns nächstes Jahr mit dieser ohne Zweifel interessanten und wichtigen Frage des Nullwachstums auseinandersetzen können. Das ist notwendig. Wenn wir nämlich schon geköpft werden sollen, wollen wir wenigstens wissen warum.

Die Prognosen über den Elektrizitätsverbrauch sollen vordergründig vor allem zeigen, ob das Programm unserer Elektrizitätswirtschaft für

den Bau von Kernkraftwerken angemessen ist. Das ist nicht ganz einfach zu beurteilen.

Wir hatten 1974/75 ein sehr energieproduktives Jahr. Die Wasserführung lag im Sommerhalbjahr um 25 Prozent über dem langjährigen Mittel. Daneben hatten – was auch ausserordentlich ist – die drei Kernkraftwerke, die im Betrieb stehen, fast keine Ausfälle. Solche günstige Situationen darf man nicht für dauernd in Rechnung stellen, auch wenn man sonst eher zum Optimismus neigt. Man muss bei der Erzeugung von Elektrizität, die zu über drei Vierteln vom Wettergott abhängig ist, leider immer noch mit recht grossen Schwankungen rechnen. Allein der Unterschied zwischen einem wasserarmen und einem wasserreichen Winter kann die ganze Winterproduktion eines Kernkraftwerkes von 1000 Megawatt ausmachen. Und gleichzeitig könnte es einem solchen Werk eifallen, auch gerade im Winter seine Panne zu nehmen, wie wir gelegentlich die Grippe. Das würde dann zu kumulierten Engpässen führen, die uns einige Schwierigkeiten bereiten könnten.

Es ist schwierig, *Kriterien für eine Strom-Rationierung* zu finden, die nicht jenen am härtesten treffen, der schon immer gespart hat, und dem andern nur das beibringen, was er schon immer hätte tun sollen. Es ist eben das grosse Problem in der Produktion von Elektrizität: Im Sommer, wo wir weniger Strom brauchen, fällt mehr an. Den Überschuss kann man aber nur in beschränktem Ausmass in den Speicherseen für die kalte Zeit als Vorrat konservieren. Das geht nicht nur uns, sondern auch dem Ausland so. Man nimmt uns deshalb nicht im Sommer unbegrenzt jeden Überschuss an Elektrizität ab und gibt uns im Winter zurück, wenn wir ihn nötig hätten.

Aus diesen Gründen müssen wir *für die Deckung des Winterbedarfes Elektrizitätswerke bauen*. Das führt zu Überschüssen im Sommer, die den Eindruck erwecken, es würde bei uns eben zuviel Energie erzeugt. Dieser Eindruck verstärkte sich ganz besonders im abgelaufenen hydrologischen Jahr mit ausserordentlich günstigen Verhältnissen.

Die Erarbeitung von Prognosen ist auch durch die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung erschwert. Wir haben Rezession und einen deshalb reduzierten Energieverbrauch. Wie wird es aber aussehen, wenn wir den Konjunkturrückgang überwunden haben werden?

Es geht sicher mit unserer Wirtschaft nicht auf dem Niveau weiter, das vor dem Konjunktureinbruch erreicht war. Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer werden wir aus politischen Gründen kaum wieder erhöhen, auch wenn wir wieder Beschäftigung für mehr hätten. Aber wird man nicht gerade den Rückgang der verfügbaren Arbeitskräfte mit einem höhern Energieeinsatz zu kompensieren versuchen?

Das ist schwierig zu beurteilen. Sicher ist eigentlich nur, dass wir nicht wegen eines Energiemangels einen neuen Beschäftigungs-rückgang riskieren sollten, sobald wir die struktur- und konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit dann endlich überwunden haben. Sonst würde vermutlich und zu Recht auch mein Sessel als Energieminister zum Schleudersitz.

Die Kommission für die Energiekonzeption, der bekanntlich auch versierte und engagierte Vertreter des Umweltschutzes angehören, kommt zum Schluss, dass das vorgesehene Programm für die Erstellung von Kernkraftwerken richtig ist. 1978 wird Gösgen voraussichtlich die Produktion aufnehmen können. Für Leibstadt ist die Baubewilligung erteilt worden. Für Kaiseraugst ist sie 1977 vorgesehen. Wir werden die Prognosen noch der öffentlichen Diskussion zugänglich machen.

Es ist auch klar, dass die Sicherheitsbehörden sich nicht auf diese so geplanten Termine verpflichten lassen. Sie müssen ihre Prüfungen unbelastet durchführen können. Hier muss ich also ausdrücklich alles vorbehalten. Auch für die Werke, die sich bereits im Bau befinden. Auch sie unterstehen laufend allen möglichen Prüfungen.

Der personelle Engpass, den wir in der «Abteilung für die Sicherheit von Kernanlagen» immer noch haben, besteht nicht wegen des Personalstops. Wir brauchen hier hervorragende Spezialisten, die sich auch charakterlich für diese anspruchsvolle Aufgabe eignen. Männer, die den psychischen Druck, der auf ihnen lastet, aushalten können. Diese Leute findet man trotz Arbeitslosigkeit auch heute nicht so ohne weiteres.

Die Substitution

Ich muss noch einmal unterstreichen, dass in den errechneten Jahren für den Anstieg des Elektrizitätsverbrauches keine Reduktion unserer starken Abhängigkeit vom Erdöl, also keine Substitution enthalten ist. Auf sie können wir daher aber nicht verzichten. Es kommt nicht von ungefähr, dass die Energiepolitik aller westeuropäischen und auch anderer Staaten sich darauf ausrichtet, das Öl sukzessive durch andere Energie zu ersetzen.

Das hat nichts mit der Angst vor einer neuen Ölkrise oder sogar vor einer politischen Abhängigkeit von den Opec-Ländern zu tun. Die Substitution ist nötig, weil man jetzt schon in vielen Ölfeldern den Boden sieht und weil unsere Generation nicht das Recht hat, diesen auch für andere Zwecke derart wichtigen Rohstoff allein zu konsumieren. Es muss auch für unsere Enkel noch etwas übrigbleiben. Wir müssen hier «Raumschiff-ökonomisch» denken. Wenn man das sagt, werden einem immer wieder Schlagzeilen von neuen spektakulären Ölfunden vor die Augen gehalten. Tatsache ist, dass trotz

den steigenden Investitionen für die Exploration die jährlichen Funde von neuen Vorkommen seit 1950 stagnieren. In den letzten Jahren sind sie sogar zurückgegangen. Es gibt anerkannte und unabhängige Fachleute, die ein Ende der Reserven, deren Ausbeutung sich ökonomisch und ökologisch vertreten lässt, voraussagen, bevor mein Sohn mit meinem Enkel auf das Jahr 2000 anstossen wird. Und wenn das steile Wachstum des Ölverbrauches der vergangenen Jahre weitergeht, soll sogar ich eine ganz kleine Chance haben, den letzten Tropfen Öl «feiern» zu helfen.

Selbst wenn man in dieser Frage optimistisch bleiben möchte, wird man etwas weiteres wohl auch beachten müssen, das etwas genauer messbar ist: Die Anreicherung und Verstaubung der Luft mit Schadstoffen als Folge des gewaltig gestiegenen Verbrauchs von flüssigen Brenn- und Treibstoffen. Es ist nicht nötig, das mit Zahlen zu belegen. Wer hier nähere Beweise haben möchte, kann auf sein Dach steigen und feststellen, was ein Ölbrenner laufend der Luft übergibt.

Ich bin überzeugt, dass wir früher oder später den Erdölverbrauch reduzieren müssen. Wie weit wir dabei zu gehen haben werden, darüber wird die Gesamtenergie-Konzeption Grundlagen liefern müssen. Vom Ausmass der Substitution und auch von der Art, wie wir Öl ersetzen wollen, werden auch die Zahl und der zeitliche Rhythmus für den Bau weiterer Kernkraftwerke abhängen.

Sparmassnahmen

Die Konzeption muss aber nicht nur diese Alternative aufzeigen. Wir sollten auch weniger Energie brauchen und müssen uns langfristig vielleicht auf ein Nullwachstum einrichten. Deshalb hat Herr Kohn mit seiner Mannschaft auch den Auftrag, nach *Energiesparmassnahmen* zu suchen. Das ist ein sehr weites Gebiet. Wir denken dabei natürlich nicht nur an Kosmetik.

Die vielen Briefe mit Ratschlägen, wie und wo man Energie sparen könnte, befassen sich – verständlicherweise – fast nur mit dem elektrischen Licht. Man sieht die Schaufenster- und Reklamebeleuchtungen und auch die Lampe vor der Haustür, die ein nachlässiger Nachbar nun schon zum x-ten Mal die ganze Nacht hat brennen lassen. Es ist sicher schon aus psychologischen Gründen wichtig, dass wir diese gut sichtbaren Zeugen unseres mangelnden Energiebewusstseins in unsere Sparüberlegungen einbeziehen. Licht beansprucht nur 1,4 Prozent unseres Gesamt-Energieverbrauches und etwa 8 Prozent aller Elektrizität. Wenn also ein paar Lampen weniger brennen, sparen wir dadurch noch kein Atomkraftwerk. 65 Prozent der Energie dienen der Erzeugung von Wärme, mit 31 Prozent den Antrieb von Benzin- und andern Motoren, und 2,7 Prozent gehen in chemische Prozesse.

Es ist im Blick auf diese Zahlen leicht zu erkennen, wo wir den Hebel wirksam ansetzen müssen, wenn ein Energiesparprogramm verwirklicht werden soll, das diesen Namen verdient. Wir müssen vor allem bei der *Wärmeproduktion* ansetzen. Nicht von ungefähr spielen die Isolation der Gebäude, das Problem Fernheizung, die Wärmepumpe, die Sonnenenergie, die vorläufig auch nur für die Erzeugung von Wärme zur Verfügung steht, hier eine so wichtige Rolle.

Ich will mich nicht im Detail auf diese Energiesparmassnahmen einlassen. Sie sind ausserordentlich wichtig. Auch psychologisch. Vielleicht müssen wir uns hier auf sehr einschneidende Massnahmen einrichten. Die Industrie wird, wie ich sagte, sich manchen Produktionsprozess unter dem Aspekt der Energieverschwendungen überlegen müssen.

Wir alle verschwenden Energie. Diese Wahrheit gilt nicht nur für den Autofahrer und für meine Tochter, bei der im ganzen Hause die Lampen brennen, wenn sie es verlassen hat. Der (in unserem Sinne) zivilisierte Mensch will nicht nur seinen Hunger stillen. Er will mehr. Und fast alles von diesem «Mehr» kostet Energie. Wir haben nach dieser Seite des Preises für unsern Wohlstand bis jetzt nicht oder nur wenig gefragt. Erst die Ölkrise und die autofreien Sonntage Ende 1973 haben uns das Gruseln vorübergehend etwas gelehrt. Aber das haben wir bereits wieder vergessen. Auf diesem Gebiet wäre es wahrscheinlich besonders gut, wenn vom Herrgott jeden Monat mit uns abgerechnet würde, statt erst beim Jüngsten Gericht.

In den Arbeiten des Internationalen Energieprogrammes, dem wir beigetreten sind, spielt übrigens das Studium von Energiesparmassnahmen ebenfalls eine bedeutende Rolle.

Rechtliche Probleme

Für mich stellt sich nicht die Frage, dass wir die Energie rationeller verwenden und dass wir langfristig auch mit weniger auskommen müssen. Die Fachleute werden dazu ohne Zweifel entsprechende Wege aufzeigen. Viele Vorschläge, die realisierbar sind, liegen bereits vor. Es stellt sich aber die Frage, *wie wir den Bürger und die Wirtschaft dazu bringen, solche Vorschläge zu verwirklichen*, nachdem es auch bei uns zu den menschlichen Tugenden gehört, das Gute wohl zu lieben, vorausgesetzt, dass es andere tun.

Kann man hier einfach an die Vernunft appellieren? Sogenannte freiheitliche Lösungen suchen oder darauf warten, dass sich über den Markt automatisch bessere Regelungen einspielen?

Der damalige Chefredaktor der deutschen «Wirtschaftswoche» Jacobi, hat vor etwa zwei Jahren folgenden Satz geschrieben: «Wenn es der Produktion nützt, muss ein Unternehmer die Umwelt verschmutzen, soweit es ihm gesetzlich erlaubt ist. Das ist nicht nur sein Recht, sondern seine Pflicht, den Besitzern und der Belegschaft gegenüber.»

Diese zynische These hat anschliessend zu einer Kontroverse im deutschen Blätterwald geführt. Natürlich ist die Formulierung überspitzt. Jacobi wollte nicht die Skrupellosigkeit der Unternehmer anprangern. Er wollte sagen, dass ein noch so gutwilliger Unternehmer oder Manager die Rückendeckung des Staates und des Gesetzes braucht, wenn er vom Kapitalgeber das Geld für die Umweltschutzmassnahmen verlangen muss.

Man kann aus einem solchen Beispiel nicht einen Interessenkonflikt zwischen Wirtschaft und Staat konstruieren. Der Unternehmer will vielleicht persönlich die Umwelt schützen. Aber wenn er dafür Geld investieren soll, muss er sicher sein, dass sein Konkurrent das Gleiche auch zu tun hat. Sonst hat dieser im Wettbewerb einen Vorteil. Die private Einsicht des Einzelnen muss zum allgemeinen Recht werden. Nur mit gutem Willen allein ist Umweltschutz nicht zu erreichen.

Wie bereits gesagt, lässt sich auch das Energie- und Rohstoffproblem nicht über den Markt allein regeln. Der freie Markt macht in solchen Fragen höchstens mittelfristige und eher selten sehr langfristige Überlegungen. Hier müssen gesamtwirtschaftliche und politische Ziele erarbeitet und durchgesetzt werden. Das aber ist nicht mehr Aufgabe eines einzelnen Unternehmers, sondern aller Bürger, also des Staates. Auch die Wirtschaft ist eine zu ernste Sache geworden, als dass man sie den Wirtschaften allein überlassen könnte. Das Rohstoff- und das Energieproblem sind Beispiele, die für sich selber sprechen.

Dr. Bergmaier hat kürzlich gesagt, dass das Mass der Kompetenzen, die der Bund erhalten soll, durch den endgültigen Tenor der GEK zu bestimmen sein werde. «Der Verfassungsartikel», so sagte er, «muss dem Bund die Verwirklichung der Ziele dieser Konzeption ermöglichen. Nicht weniger und nicht mehr.» Damit bin ich völlig einverstanden. Möglicherweise werden wir darüber streiten, was «weniger» und was «mehr» ist. Aber entscheidend ist die Einsicht, dass der Bund in der Energiepolitik nicht weiter ein halber Eunuch bleiben kann. Er braucht handfeste Kompetenzen. Ich bin sehr dankbar dafür, dass ein in der schweizerischen Energiewirtschaft so massgeblicher Kenner wie Dr. Bergmaier die gleiche Auffassung öffentlich vertreten hat.

Er ist für Sie sicher der viel unverdächtigere Zeuge als ich. Nur wegen einem Güggel, der im Bundeshaus kräht, wird es in der Energiepolitik sicher nicht tagen.

Die andere grundsätzliche Frage, die man sich in einem föderalistischen Staat immer wieder stellen muss, «Bund oder Kantone» wird hier kaum heftig diskutiert werden müssen. Für wirtschaftspolitische Fragen, die mit «gesamtschweizerisch» eher zu eng umschrieben sind, kann nur der Bund zuständig sein.

Das will gar nicht heissen, dass die Kantone energiepolitisch die Hände in den Schoss legen können. Der Kanton Aargau hat für sich eine Energiekonzeption ausarbeiten lassen und veröffentlicht. Es ist eine hervorragende und ausserordentlich verdienstvolle Arbeit, der ich selber auch einige neue Einsichten verdanke. In dieser kantonalen Konzeption findet sich ein sehr langer Massnahmenkatalog für Kantonsaktivitäten in der Energiewirtschaft, und es handelt sich nicht nur um sogenannte «flankierende» Massnahmen. Ich kann nur hoffen, das aargauische Beispiel werde auch andere Kantone anstecken. Das würde nicht nur dem Bund helfen. Das Problem würde damit auch näher an den Bürger herankommen. Das könnte beitragen, es einer sachlichen, weniger emotionellen Diskussion entgegenzuführen.

Möglicher Inhalt eines Energieartikels

Ich kann Ihnen hier nicht einen formulierten Energieartikel ausrufen, den wir in die Bundesverfassung aufnehmen sollten. Ich würde damit der Arbeit der Kommission Kohn vorgreifen. Die Konzeption muss zeigen, ob und welche Kompetenzen der Bund neu braucht. Man sieht da, ohne viel Fantasie zu brauchen, bereits jetzt einen ganzen Katalog von denkbaren Möglichkeiten und Notwendigkeiten, auch wenn man – wie ich annehme die meisten von Ihnen – Anhänger der Weisheit ist: «pour gouverner bien, il faut gouverner peu».

Da ist vorerst die ganz *grundätzliche Frage*, wie und in welchem Umfang wir uns von der heutigen starken *Erdölabhängigkeit etwas lösen* wollen. Ich habe meine Zweifel schon angemeldet, dass sich dieses Problem über unsere marktwirtschaftliche Ordnung selbstständig regeln wird. Natürlich wird das Öl immer teurer, wenn es knapper wird. Aber auf welche Alternativen weichen wir dann aus?

Auf Kernenergie?

Es gibt Wissenschaftler, die man in diesen Fragen ernst nehmen muss – ich denke etwa an den Präsidenten des deutschen Atomforums, Prof. Mandel, – die sehr deutlich sagen, dass die Kernenergie nur eine zeitlich begrenzte Lösung sei. Man wird zwar vielleicht schon recht bald Kernkraftwerke von der Stange kaufen können. Und später dann wohl sogar noch «Occasionen», die noch billiger sind. Man kann Kernkraftwerke aber niemals in unbegrenzter Zahl bauen, selbst wenn sie immer billiger würden. Deshalb ist die Substitution von Erdöl nicht über einen freien Markt möglich. Der Bund muss in der Verfassung die Kompetenz erhalten, im Gesamt- oder höhern Interesse Lösungen durchzusetzen, die vielleicht teurer sind.

Dann kommen die Probleme des *Wärmehaushaltes* und der *Sparmassnahmen*. Wir sollten die Abwärme besser nutzen, Fernheizungen einrichten und auch die Industrie zwingen, von solchen Anlagen Prozesswärme zu übernehmen statt Öl zu verbrennen.

Aber die Fernheizungen sind nur wirtschaftlich, wenn möglichst viele Gebäude und Betriebe angeschlossen sind. Natürlich wird man Übergangsfristen einräumen müssen. Aber man wird mit den Anschlüssen nicht warten können, bis der letzte Haustank leck geworden ist oder bis alle alten Ölbrenner ihren Dienst versagen. Genau wie bei den Kanalisationen und Abwasserreinigungsanlagen wird man – der Not gehorchend – die Erstellung von Fernheizanlagen vorschreiben und den Anschluss erzwingen können müssen. Und für solche Vorschriften muss in der Verfassung eine Basis bestehen. Man wird diese Basis auch für die Durchsetzung von andern Sparmassnahmen brauchen. Man kann sicher nie Raumtemperaturen vorschreiben und verlangen, dass der einzelne Bürger unter der Dusche schlottert. Aber die bessere Isolation der Neu- und vielleicht auch gewisser Altbauten werden die Kantone über ihre Bauvorschriften durchsetzen müssen. Mit Freiwilligkeit kommt man auch hier nicht zum Ziel. Appelle werden meistens von den Falschen befolgt. Man muss sie über Gesetze erzwingen.

Ich vertrete – um einen weitern Punkt zu nennen – die Auffassung, dass die einzelnen Energieträger verpflichtet werden sollten, die *Erforschung alternativer Energiequellen* durch eine Abgabe zu finanzieren. Wir forschen auf dem Gebiete der Energie gewiss mehr als früher. Wir arbeiten auch an internationalen Programmen mit. Die gemeinsame Forschung spielt im Vertrag über das «Internationale Energieprogramm» eine bedeutende, wenn nicht zentrale Rolle.

Man muss nicht allein die Erforschung neuer Energiequellen, wie der Sonnenenergie und anderer, vorantreiben. Es ist auch wichtig, dass man die sehr grossen *Übertragungsverluste reduzieren* kann. Und dann scheint es mir, dass es für die Akkumulation von elektrischer Energie ausser über Speicherseen und Pumpspeicherwerke heute noch zu wenig Möglichkeiten gibt.

Wir müssen heute Elektrizitätswerke bereitstellen, die den Spitzenbedarf am kältesten Wintertag zu decken vermögen. Das führt zu grossen Überschüssen im Sommer, die dann zu Schleuderpreisen dem Ausland verkauft werden müssen. Da wir mit den Kernkraftwerken zunehmende Bandenergie produzieren, bekommt die Speicherung in welcher Form auch immer (Akkumulation) eine viel grössere Bedeutung.

Es gibt Gegenden, in denen keine Fernheizungen erstellt werden können. Hier wird neben der Sonnen- vermutlich die elektrische Heizung zu Bedeutung kommen. Muss dann für einen solchen steigenden Bedarf aller Strom im Winter produziert werden und was machen wir im Sommer damit?

Forschung kostet aber Geld. Und ich habe schon gesagt, dass die Tresore meines Kollegen Chevallaz zwar nicht leer sind. – Es sind Schulscheine drin und die haben einen mageren Heizwert.

1/10 Rappen pro Kilowattstunde, die die Elektrizitätswerke für die Forschung abliefern, würde gegenwärtig etwa 32 Millionen Franken im Jahr einbringen. Ein halber Rappen pro Liter importierten Brenn- und Treibstoff brächten etwa 70 Millionen Franken. Damit liesse sich einiges untersuchen und sicher auch finden.

Aber solche Forschungsabgaben kann man nicht erheben, wenn nichts in der Verfassung steht. Die Energieproduzenten und Importeure sind keine Philanthropen. Die haben es mit dem Geld wie ich mit meiner Frau: Ich behalte sie lieber für mich.

Es geht hier nicht um Dirigismus. Es geht um Weichenstellungen für die Zukunft unseres Landes. Um Optionen von grosser und entscheidender Bedeutung. Und sie sind politisch. Deshalb sind sie auch verfassungswürdig.

Revision des Atomgesetzes

Auf meinem Tisch liegen neben einer angekündigten Initiative der Kernkraftgegner drei Standes-Initiativen und einige parlamentarische Vorstösse, die eine Revision des «Gesetzes über die friedliche Verwendung der Atomenergie» verlangen.

Das wichtigste Begehren ist der Bedürfnisnachweis für die Erstellung von Kernkraftwerken. Formalrechtlich könnten solche Werke nach dem gültigen Gesetz von 1959 in unbegrenzter Zahl gebaut werden, wenn die vorgeschriebenen – allerdings sehr strengen – Sicherheitsanforderungen erfüllt sind. Die schweizerischen Elektrizitätswerke haben sicher nicht die Absicht, solche teure Anlagen auf Vorrat zu bauen. Aber es sind doch neben Kaiseraugst für drei oder vier weitere Kernkraftwerke zum Teil schon Standortsbewilligungen erteilt worden (Graben und Verbois) oder Studien im Gang (Rüthi und Inwil). Deshalb ist es wünschbar, wenn der Bund gegebenenfalls koordinierend oder gar bremsend eingreifen kann. Bis jetzt war das nicht nötig. Man hat miteinander vernünftig gesprochen. Aber die Vernunft braucht doch immer wieder ihre gesetzliche Grundlage.

Wir müssen nach den Vorstössen auch die Mitwirkung der Bevölkerung im Bewilligungsverfahren überprüfen. In der Initiative der Gegner, für die gegenwärtig Unterschriften gesammelt werden, wird verlangt, dass alle Kantone im Umkreis von 30 km über ein Kernkraftwerkprojekt abstimmen können sollten. Falls also im Kanton Wallis je einmal ein solches Werk erstellt werden sollte, müsste dann der ganze Kanton Bern darüber abstimmen.

Der Bewohner des Südjura hätte also gleichviel zu sagen, wie der unmittelbar beteiligte oder interessierte Walliser. Aber wenn dann die Berner etwa bei Thun eins bauen wollten, ginge das die Walliser nichts an. Man kann sich da die unmöglichsten, um nicht zu sagen unsinnigsten Kombinationen von solchen Beispielen vorstellen. Es

gibt aber ohne Zweifel vernünftige Regelungen für das durchaus verständliche Anliegen.

Ausser diesen Hauptpunkten gibt es eine Reihe weiterer, die mit der Revision dieses Gesetzes zu prüfen sind. Vor allem wird man sich überlegen, ob für solche Anlagen auch weiterhin eine Bewilligung richtig ist und ob nicht eine Konzession angemessen wäre.

Wir haben eine kleine Gruppe von Juristen eingesetzt, die diesen ganzen Komplex studiert und uns Vorschläge für die Revision ausarbeitet.

Schlussbemerkungen

Die Revision des Atomgesetzes führt mich zum letzten Kapitel meines Vortrages: Zur Aktualität. Zur Frage vor allem, wie wir die Verunsicherung und Sensibilisierung des Volkes in dieser Energiediskussion politisch bewältigen.

Der Bau von Kernkraftwerken steht – für viele von uns bis vor kurzem eher unerwartet – stark im Brennpunkt des öffentlichen Interesses. Die Diskussionen darüber, die heftigen Auseinandersetzungen, der Widerstand gegen diese Werke hat sich noch in keiner Weise gelegt. Das ist nicht nur in der Schweiz so, sondern auch in der Bundesrepublik, in Holland, Schweden und in den USA, überhaupt in allen Industriestaaten, in denen der Bürger seine Meinung frei äussern kann.

Ich will mich nicht mit der rechtswidrigen Besetzung von Kaiseraugst im letzten Jahr befassen. Ich nehme an, dass man dort eingesehen hat, dass solche Aktionen nicht zum Ziele führen. Wenn sich – was niemand hofft – die Unvernunft wieder durchsetzen sollte, wird eine handfeste und deutliche Sprache wohl unvermeidlich sein.

Man kann Recht nicht mit dem Preis der Ungerechtigkeit ändern. Aber mit solchen Feststellungen ist das Problem nicht aus der Welt. Wir müssen uns der öffentlichen Diskussion über die Kernenergie stellen. Wir müssen auch auf Argumente eingehen, die man längst für geklärt glaubte. Es wird in unserem demokratischen Rechtsstaat kaum möglich sein, die Kernenergie ohne eine ausreichende Vertrauensbasis in der Bevölkerung durchzusetzen.

Dabei mag es durchaus sein, dass diese Kernenergie Sünden ausbaden muss, die bei andern politischen, technologischen und industriellen Entwicklungen gemacht worden sind. In dem Unbehagen am Bau von Kernkraftwerken wirkt eine Reihe von Faktoren zusammen, die nichts mit der Kernspaltung zu tun haben. Es entzündet sich hier zum Teil der Missmut über die Expansion des industriellen Wachstums in den vergangenen Jahren und über die Zerstörung von Naturlandschaften.

Mit den Studien über die Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums – so unvollständig und fehlerhaft sie vielleicht in einzelnen Punkten

auch sein mögen – ist eine starke öffentliche Empfindsamkeit für wirtschaftliches Wachstum um jeden Preis entstanden. Von der Kernenergie werden nun Antworten erwartet, die vielleicht schon viel früher und grundsätzlicher bei andern Gelegenheiten und aus anderer Veranlassung hätten gegeben werden müssen. Das ist verständlich. Die meisten andern technologischen und industriellen Entwicklungen haben sich Bahn geschaffen, ohne dass die Bevölkerung vorher dazu gehört worden wäre.

So macht sich nun ein schon *länger aufgestauter Widerstand* breit, wo Technik und Industrie die Lebensbedingungen zu verändern scheinen, ohne dass man sich in ausreichender Weise beteiligt sieht. Wir können – auch wenn wir uns durchsetzen müssen – vor diesem Widerstand nicht einfach die Augen verschliessen.

Man darf nicht verkennen, dass die Kernenergie Befürchtungen auslöst, die eine andere Dimension erreichen als die Unruhe über die Umweltbelastungen als Folge des bisherigen industriellen Wachstums. Noch immer hängt der Kernenergie der Schatten der kriegerischen Vernichtungsgewalt an. Das muss man in Betracht ziehen, auch wenn es falsch und bedauerlich ist.

Die Vorgänge bei der Gewinnung von Kernenergie sind für den grössten Teil der Menschen nicht erfassbar. Deshalb sind sie ihm unheimlich. Die Produktion von Stoffen, die eine so hoch konzentrierte Gefährlichkeit haben, die sie dann für tausende von Jahren behalten, weckt die Angst, dass der Mensch Kräfte freisetzt, die er nicht mehr beherrschen kann. – Die Wissenschaftler wissen, dass sich diese Probleme lösen lassen, und wir können zu ihnen Vertrauen haben.

Auch der Philosoph und Physiker Karl Friedrich von Weizsäcker hatte sich kürzlich mit der Produktion von Kernenergie auseinander gesetzt. Er steht ihr im ganzen skeptisch gegenüber, kommt aber nach dem Abwägen aller Argumente zum Schluss, dass der Bau von solchen Werken verantwortbar sei. Allerdings setzt er dafür eine friedliche Gesellschaft voraus.

Ich glaube aber nicht, dass der Glaube an unsern Rechtsstaat gefährdet wird, wenn dieser Staat Unsicherheit und Ablehnung in der Bevölkerung zum Anlass nimmt, geduldiger und gründlicher als mancher es sich wünschen mag, sich mit dieser Unsicherheit und dieser Ablehnung auseinanderzusetzen.

Sicher sind manche Wortführer von Protestaktionen in ihren, zu Klischeevorstellungen erstarrten Argumenten so festgefahren, dass wir nie erhoffen können, durch eine sachliche Diskussion schliesslich eine allgemeine Zustimmung zu finden. «Der Glaube» hat Sophokles gesagt, «ist der Wahrheit überlegen».

Aber es deutet einiges darauf hin, dass die Sorgen um die Risiken der Kernenergie in der Bevölkerung weit verbreitet sind. Wir müssen die Sprecher von ehrlich besorgten Bürgern und Organisationen als

Partner in einem Dialog ansehen, der auch dem unbeteiligten, passiven Bürger eine eigene Meinungsbildung ermöglicht.

Zum zweiten sollen die Proteste durchaus Anlass sein, uns die Richtungen zu zeigen, wo wir besonders kritisch prüfen müssen, ob alles zum Besten steht. Unsere Sicherheitsorgane hatten hier keine Weisungen nötig. Es gibt kaum auf einem andern Gebiet Wissenschafter, die sich derart einer «éducation permanente» unterziehen, wie die Mitarbeiter unserer Abteilung in Würenlingen und die Mitglieder der Kommission für die Sicherheit von Kernanlagen.

Die Erfahrungen mit Reaktoren auf der ganzen Welt werden hier verwertet. Das Wissen, dass der Mensch das Mass aller Dinge zu sein hat, ist diesen Männern mehr als nur gesetzlich verankerte Pflicht. Ihrem Urteil, dass die Gefahren der Kernenergie beherrschbar sind, darf man vertrauen.

Vier Dinge muss unser Volk wissen, und müssen vor allem all jene wissen, die sich Gedanken zur Energiepolitik machen:

1. Die fossilen Energieträger auf dieser Erde, auf die wir angewiesen sind, wenn wir den wirtschaftlichen Wohlstand, die soziale Sicherheit und auch die Arbeitsplätze erhalten wollen, diese Energieträger, Öl, Gas sind endlich. Sie wachsen nicht mehr nach. Auch die Wasserkräfte in unserem Lande sind ausgenutzt.
2. Zurzeit bietet sich für den Ersatz dieser bisherigen Energiequellen einzig die Kernenergie an. Überall auf der Welt werden solche Werke gebaut. Man kennt die Gefahren, die die Kernspaltung in sich birgt, und man beherrscht sie auch.
3. Die Behörden und auch die Elektrizitätswerke wissen, dass die Kernspaltung nicht den Schlusspunkt einer Entwicklung bilden darf. Kernkraftwerke können in unserem kleinen Land nur in sehr beschränkter Zahl erstellt werden; und wir müssen alles tun, ihre Kapazität voll auszunützen, indem wir auch die Abwärme für die Wärmeerzeugung verwenden.

Wir dürfen niemals Kernkraftwerke auf Vorrat bauen. Wir prüfen in einer rollenden Planung den Bedarf an elektrischer Energie und schaffen die gesetzlichen Grundlagen, um zu verhindern, dass ein Kernkraftwerk gebaut wird, das nicht zur Deckung eines wirklichen und echten Bedarfs nötig ist. Dass aus Gründen, die ausserhalb unseres Einflussbereiches liegen, Reserven nötig sind, habe ich gesagt.

4. Unser Land arbeitet im Internationalen Energieprogramm und in andern Gremien aktiv mit. Gemeinsam mit andern Staaten forschen wir nach neuen Energiequellen, nach den Möglichkeiten, Energie zu sparen und sie wirtschaftlicher einzusetzen. Wir sind im Begriffe, unsere Forschungsanstrengungen auf diesem Ge-

biete noch zu verstärken, indem wir durch Abgaben auf Öl, Elektrizität und Gas die Mittel bereitstellen wollen.

Wir müssen, und das gilt besonders für unsere Wirtschaft, wir müssen auch bereit sein, die kritischen Punkte des Energiekreislaufes auszuleuchten. Allgemeine Beschwichtigungsformeln helfen nicht weiter. Wir müssen die Probleme des Transports, der Emission, der Wiederaufbereitung und der Entlagerung der Kernbrennstoffe offen darlegen, wie das in hoffnungsvollen Ansätzen bereits getan worden ist.

Die Elektrizitätswerke bemühen sich um die objektive Aufklärung des Volkes. Es gibt auch Aufklärungsaktionen ausserhalb der Werke, die man mit noch weniger Recht einfach als Propaganda diffamieren kann. Wir wissen gut, dass uns plumpe Propaganda nicht weiter bringt.

Energie, so wurde einmal definiert, sei der Rohstoff aller Rohstoffe. Schon deshalb gewonne die Energie mit ihren Zuwachsraten, die einen Teil unserer Zivilisation garantieren, automatisch an politischer Bedeutung. Ich habe mit meinen Ausführungen versucht, Ihnen das aus der Sicht des helvetischen Energieministers darzulegen. Wir machen in unserem Lande – ich hoffe, das haben Sie meinen Ausführungen entnommen – nicht grosse, spektakuläre Pläne. Wir versuchen, die für jeden sichtbaren Probleme so anzupacken, wie es unseren in allen Teilen begrenzten Möglichkeiten ansteht.

Energiefragen sind aber politische Fragen. Das waren sie an sich schon immer. Aber solche Gedanken haben wir lange, vielleicht zu lange verdrängt. Wirtschaft war Wirtschaft. Und der liberale Staat versuchte, von ihr die Politik fernzuhalten. Deshalb haben wir heute einiges an Aufklärung nachzuholen.

Was aber jedermann einleuchten muss, ist, dass die Energiefrage heute nicht einfach mehr eine wirtschaftliche Frage ist. Sie ist eminent politisch.

Nicht nur gegenwärtige Bedürfnisse von Wirtschaft und Konsument, von Angebot und Nachfrage, dürfen die Energiepolitik bestimmen. Unser Verhalten in der Energiepolitik wird das Bild der Welt entscheidend bestimmen. Deshalb ist die Energie zu einem zentralen politischen Problem geworden, das nach politischen Entscheiden ruft.

Ich kann Sie nur bitten und an Sie appellieren, sich als Vermittler an dem Dialog mit dem Bürger zu beteiligen. Diese Vermittlung setzt Geduld und Einfühlungsvermögen voraus. Um beides sollten wir uns bemühen. Ohne Ihre und ohne die tatkräftige Hilfe möglichst vieler Männer und Frauen aus unserem Volke können weder der Bundesrat noch der Energieminister seiner Aufgabe in unserem demokratischen Lande gerecht werden.